

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung und Gang der Untersuchung	25
A) Begriffe und Grundlagen	33
I. Begriffe	33
II. Grundlagen	35
1. Die insolvenzrechtliche Ausgangssituation	35
a) Ziel des Insolvenzverfahrens	35
b) Abgrenzung der verschiedenen Arten von Insolvenzverfahren	36
c) Überblick über das Regelinsolvenzverfahren	36
d) Die Grundzüge der insolvenzrechtlichen Eigenverwaltung	38
e) Entstehungsgeschichte und Hintergründe der Eigenverwaltung	38
f) Rechtspolitische Diskussion um den Nutzen der Eigenverwaltung ...	39
g) Ablauf des insolvenzrechtlichen Schutzschirmverfahrens	41
(1) Das Schutzschirmverfahren als besonderes Insolvenzeröffnungsverfahren	41
(2) Antragstellung und Rechtsfolgen	41
(3) Beendigung des Schutzschirmverfahrens	44
(4) Grundzüge des Insolvenzplanverfahrens	44
h) Ziele des Schutzschirmverfahrens	46
i) Unterschiedliche Ausgangslage bei freiwilligem und zwingendem Insolvenzantrag	47
j) Schutzschirmverfahren in der Praxis	48
k) Zwischenfazit	49
2. Präventives Restrukturierungsverfahren außerhalb der Insolvenz nach dem StaRUG (Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen) ...	50
a) Ziele	50
b) Ablauf des präventiven Restrukturierungsverfahrens	51
c) Zwischenfazit	52
3. Die arbeitsrechtliche Ausgangssituation	52

a)	Begrifflichkeiten und Definitionen im mitbestimmungsrechtlichen Kontext	52
b)	Spannungsverhältnis zwischen betrieblicher und unternehmerischer Mitbestimmung einerseits und unternehmerischer Freiheit andererseits	55
(1)	(Verfassungsrechtliche) Grundlagen der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung	55
(2)	Unternehmerische Freiheit	56
c)	Überblick über die Arbeitnehmerbeteiligung im deutschen Arbeitsrecht	58
(1)	Arbeitnehmerbeteiligung auf Unternehmensebene	58
(2)	Betriebliche Arbeitnehmerbeteiligung	63
(3)	Exkurs: Gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretung	65
d)	Geheimhaltungspflichten von Aufsichtsrat, Betriebsrat und Wirtschaftsausschuss	66
(1)	Aufsichtsrat	66
(2)	Betriebsrat und Wirtschaftsausschuss	68
(3)	Rechtsfolgen bei Verstößen	70
e)	Überblick über die verschiedenen Formen der Beteiligung des Betriebsrats	71
(1)	Mitwirkungsrechte	72
(2)	Mitbestimmungsrechte im engeren Sinn	73
4.	Insolvenzspezifische arbeitsrechtliche Vorschriften	76
a)	Stellung der Arbeitnehmer im Insolvenzverfahren	76
b)	Grundsätzliches und Begrifflichkeiten	78
c)	Überblick über die einzelnen Modifikationen des insolvenzspezifischen Arbeitsrechts	79
(1)	Erleichterte Kündigungsvoraussetzungen für den Arbeitgeber ...	80
(2)	Beschleunigung des Betriebsänderungsverfahrens, Begrenzung und Widerruf von Sozialplänen	81
(3)	Kündigung von Betriebsvereinbarungen § 120 InsO	82
d)	Keine (analoge) Anwendbarkeit in der vorläufigen Eigenverwaltung und im präventiven Restrukturierungsverfahren ...	83

(1) Vorläufige Eigenverwaltung.....	83
(2) Präventives Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG.....	84
B) Darstellung der arbeitsrechtlichen Situation im Rahmen von Sanierungen innerhalb und außerhalb der Insolvenz	87
I. Arbeitnehmerbeteiligung im Vorfeld der Antragstellung im Schutzschirmverfahren	87
1. Beteiligung von Wirtschaftsausschuss und Betriebsrat.....	87
a) Beteiligung des Wirtschaftsausschusses	87
b) Beteiligung des Betriebsrats.....	88
(1) Kein eigenes Informations- und Beratungsrecht	88
(2) Kein Zustimmungs- oder Mitbestimmungsrecht	89
2. Beteiligung des Aufsichtsrats	91
II. Arbeitnehmerbeteiligung im Vorfeld eines präventiven Restrukturierungsverfahrens nach dem StaRUG	92
1. Beteiligung von Wirtschaftsausschuss, Betriebsrat und Aufsichtsrat...	92
2. Fazit.....	94
III. Typische arbeitsrechtliche Sanierungsmaßnahmen und Beteiligung des Betriebsrats vor deren Durchführung	95
1. Nutzung von vertraglichen Flexibilisierungsinstrumenten	95
a) Ausübung von vertraglichen Widerrufsvorbehalten und Einstellung freiwillig gezahlter Leistungen	96
b) Inanspruchnahme flexibler Arbeitszeitmodelle.....	97
2. Individualvertragliche Abreden	98
3. Kurzarbeit	99
4. Kündigung von Arbeitsverhältnissen	100
a) Änderungskündigung	100
b) Betriebsbedingte Kündigungen	101
(1) Allgemeines.....	101
(2) Massenentlassungen	102
5. Kündigung von Betriebsvereinbarungen	103
IV. Bewertung von Maßnahmen, die nicht dem Katalog des § 111 BetrVG unterfallen	104

1. Mitbestimmungsfreie Sanierungsmaßnahmen.....	104
2. Fazit.....	104
V. Beschäftigungs- und Standortsicherungsvereinbarungen.....	106
1. Rechtlich wirksame Verankerung.....	108
a) Sanierungstarifverträge.....	108
b) Betriebsvereinbarungen.....	109
c) Dreiseitige Vereinbarungen.....	110
2. Typische Inhalte.....	111
a) Konzessionen der Arbeitnehmerseite.....	112
b) Konzessionen der Arbeitgeberseite.....	113
3. Kündigung der Vereinbarungen durch den Arbeitgeber.....	114
a) Unterscheidung Betriebsvereinbarung/Tarifvertrag.....	114
b) Fazit.....	117
4. Problemaufriss.....	117
VI. Gefahr eines strategischen Gebrauchs des Schutzschirmverfahrens im weiteren Sinne zulasten von Arbeitnehmern?.....	118
1. Begrifflichkeiten.....	120
a) Rechtsmissbrauch.....	120
b) Strategische/ zweckwidrige Nutzung.....	121
c) Zwischenfazit.....	123
2. Denkbare Szenarien eines strategischen Gebrauchs im weiteren Sinne.....	123
a) Zweckwidrige Nutzung am Beispiel der X-GmbH (Szenario 1).....	123
b) Strategische Nutzung im engeren Sinne am Beispiel der Y-GmbH (Szenario 2).....	125
c) Zwischenfazit.....	126
3. Einschätzung der Gefahr eines strategischen Gebrauchs im weiteren Sinne zulasten von Arbeitnehmern in der Praxis.....	126
4. Schutz der Arbeitnehmer durch insolvenzrechtliche Instrumente? ...	128
a) Prüfung des Rechtsschutzinteresses durch das Insolvenzgericht ...	128
b) Arbeitnehmervertreter im (vorläufigen) Gläubigerausschuss.....	130

(1)	Grundsätzliches zum (vorläufigen) Gläubigerausschuss	130
(2)	Die Rolle des Arbeitnehmervertreters im (vorläufigen) Gläubigerausschuss	132
c)	Keine eigenen Rechtsmittel der Arbeitnehmer im Eröffnungsverfahren	134
d)	Vetorecht der Arbeitnehmer im Rahmen der Abstimmung über den Insolvenzplan	134
5.	Schutz der Arbeitnehmerinteressen durch arbeitsrechtliche Instrumente und Verringerung des arbeitsrechtlichen Arbeitnehmerschutzes durch das insolvenzspezifische Arbeitsrecht?	135
a)	Anhörung des Wirtschaftsausschusses und mittelbare Beteiligung des Betriebsrats	135
b)	Keine (analoge) Anwendbarkeit des insolvenzspezifischen Arbeitsrechts im Eröffnungsverfahren	136
c)	Vorschriften zur Betriebsänderung	136
(1)	Schutz aufgrund direkter Anwendung	136
(2)	Indirekter Schutz bei Sanierungen ohne Betriebsänderung	138
d)	Schutz bei vertragswidrigem Verhalten im Falle einer Beschäftigungszusage	140
(1)	Schadensersatzanspruch der gekündigten Arbeitnehmer bei Kündigung durch den Arbeitgeber nach Verfahrenseröffnung ...	140
(2)	Unterlassungsanspruch der Gewerkschaften bei Kündigung vor Verfahrenseröffnung	141
e)	Kündigung von Betriebsvereinbarungen nach § 120 InsO	142
6.	Kein Schutz durch Beteiligung des Aufsichtsrats	142
7.	Zusammenfassung und Bewertung	143
VII.	Gefahr eines strategischen Gebrauchs des präventiven Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG zulasten von Arbeitnehmern?	144
C)	Die Beteiligung der Arbeitnehmervertreter als Prävention eines zweckwidrigen Gebrauchs und als „Verfahrenshilfe“	147
I.	Vor- und Nachteile einer erweiterten Beteiligung	147
1.	Argumente für eine frühe Beteiligung	147

a)	Positive Ausgangslage zwischen Betriebsparteien für erfolgreiche Sanierung zwingend erforderlich	147
(1)	Erforderliche Beiträge des Betriebsrats im Vorfeld der Vorlage des Insolvenzplans	148
(2)	Vorlage der Bescheinigung nach § 270d Abs. 1 S. 1 InsO und „Pre-Packaged-Plan“	150
(3)	Arbeitnehmerbeiträge hinsichtlich des Insolvenzplans	152
(4)	Erhöhung der Chancen auf eine Einigung im Rahmen eines Interessenausgleichs	153
b)	Verhinderung des Verlustes von Leistungsträgern und Mitarbeitern in Schlüsselpositionen	154
(1)	Zentrale Bedeutung von Leistungsträgern für die erfolgreiche Sanierung	154
(2)	Erhöhung des Konfliktpotentials in der Krise	155
(3)	Reduzierung des Konfliktpotentials	156
(4)	Besonderheiten im präventiven Restrukturierungsverfahren ...	158
c)	Bestimmung des Arbeitnehmervertreters im vorläufigen Gläubigerausschuss	158
d)	Arbeitnehmer als Kontrollinstanz	159
(1)	Grundzüge zum Whistleblowing	160
(2)	Whistleblowing im engeren Sinne und aufgrund der Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie zu erwartende gesetzliche Neuerungen	161
(3)	Kontrolle durch Arbeitnehmervertreter im Fall eines zweckwidrigen Gebrauchs des Schutzschirmverfahrens	163
(4)	Präventives Restrukturierungsverfahren	165
e)	Erhöhte Rechtssicherheit	165
2.	Argumente gegen eine frühe Beteiligung	167
a)	Risiken bei frühzeitiger Unterrichtung der Arbeitnehmervertreter bzgl. des geplanten Sanierungsvorhabens	167
(1)	Mögliche negative Auswirkungen auf das Sanierungsvorhaben	167

(2) Keine hinreichende Abhilfe durch Verschwiegenheitspflicht der Arbeitnehmersvertreter	169
b) Ausreichende Beteiligung de lege lata	172
c) Keine hinreichende Qualifikation der Betriebsratsmitglieder im Einzelfall	173
3. Stellungnahme.....	173
a) Ausweitung der Beteiligung im Vorfeld der Beantragung des Schutzschirmverfahrens	173
b) Erweiterung der Beteiligung vor der Anzeige gegenüber dem Restrukturierungsgericht	177
4. Fazit.....	178
II. Zulässigkeit einer kollektivvertraglichen Regelung.....	179
1. Erweiterung der Beteiligung der Rechte des Betriebsrats oder des Aufsichtsrats?	179
2. Grundlagen zur Betriebsvereinbarung und zum Tarifvertrag	180
a) Grundlagen zur Betriebsvereinbarung	180
b) Grundlagen des Tarifvertragsrechts	181
(1) Allgemeines.....	181
(2) Loslösung von bestehenden Tarifverträgen.....	182
c) Rolle der Gewerkschaften in der Betriebsverfassung	183
d) Das Verhältnis der Betriebsvereinbarung zum Tarifvertrag	184
3. Erweiterung der Beteiligungsrechte durch Betriebsvereinbarung	185
a) Funktionelle Zuständigkeit und freiwillige Betriebsvereinbarung ...	185
b) Rechtspolitische Diskussion	186
(1) Argumente gegen eine Erweiterung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.....	186
(2) Argumente für eine Erweiterung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.....	187
c) Stellungnahme und Rechtsprechung des BAG.....	188
d) Grenzen.....	191
4. Erweiterung der Beteiligungsrechte durch Tarifvertrag	193
a) Rechtspolitische Diskussion	193

(1) Argumente gegen eine Erweiterung	193
(2) Argumente für eine Erweiterung	195
b) Rechtsprechung des BAG	196
c) Stellungnahme	197
d) Verfassungsrechtliche Grenzen	200
5. Fazit	202
III. Mögliche inhaltliche Ausgestaltungen	203
1. Zulässiger Umfang und Zweckmäßigkeit einzelner Erweiterungsmöglichkeiten im Vorfeld der Antragstellung	204
a) Absolutes Vetorecht ohne Konfliktlösungsmechanismus	205
b) Beteiligung in Form eines Mitbestimmungsrechts im engeren Sinne	207
(1) Echtes Mitbestimmungsrecht und Zustimmungs- bzw. Zustimmungsverweigerungsrecht	207
(2) Widerspruchsrecht	209
c) Beteiligung in Form eines Mitwirkungsrechts, insbesondere vorherige Zuleitung des Sanierungskonzepts an den Betriebsrat ...	210
2. Sondersituation bei einer im Vorfeld der Antragstellung erteilten Beschäftigungszusage	212
a) Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich der Antragstellung in einem vorinsolvenzlichen Interessenausgleich im Rahmen einer Betriebsänderung außerhalb der Insolvenz	212
(1) Rechtsnatur des Interessenausgleichs	213
(2) Zulässigkeit eines Zustimmungsvorbehalts zur Antragstellung	214
b) Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich Kündigungen, die entgegen einer Beschäftigungszusage ausgesprochen werden	216
(1) Allgemeine Zulässigkeit	217
(2) Verdrängung durch § 113 InsO?	218
3. Weitere Vorschläge zur Ausweitung der Beteiligung von Arbeitnehmervertretern	220
a) Verschiedene Vorschläge zur Modifikation des Eröffnungsverfahrens	220

(1)	Gewährung eines Rechtsmittels für Arbeitnehmer(vertreter) ...	220
(2)	Erweiterte gerichtliche Kontrolle auf zweckwidrige Absichten des Antragstellers	221
(3)	Erhöhte Anforderungen an die Bescheinigung nach § 270d Abs. 1 InsO	221
(4)	Stärkung der Rolle des Sachwalters	222
b)	Keine Berufung des Schuldners auf § 113 InsO bei widersprüchlichem Verhalten nach erteilter Beschäftigungszusage	223
(1)	Grundsätzliches zur Widersprüchlichkeit früheren Verhaltens und zu den rechtlichen Folgen	223
(2)	Anwendung des Rechtsgrundsatzes auf die gegenständliche Konstellation	225
4.	Zu beteiligendes Organ	227
(1)	Zuleitungs- und Beratungserfordernis vor der Antragstellung ...	228
(2)	Zustimmungsvorbehalte hinsichtlich der Antragstellung und hinsichtlich Kündigungen des Arbeitgebers entgegen einer Beschäftigungszusage	228
5.	Fazit.....	229
IV.	Folgerungen für die Regelung in einer kollektivvertraglichen Vereinbarung und inhaltliche Ausgestaltung	230
1.	Normierung in einer Betriebsvereinbarung oder einem Firmentarifvertrag	231
a)	Regelung in Beschäftigungssicherungsvereinbarung (Sanierungstarifvertrag oder entsprechender Betriebsvereinbarung)	231
b)	Grundsätzliche Unterschiede zwischen Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag	232
c)	Gegenüberstellung einer Regelung in einem Firmentarifvertrag und einer Betriebsvereinbarung im konkreten Fall	233
2.	Normierung in einer Regelungsabrede	235
a)	Grundsätzliches zur Regelungsabrede	235
b)	Normierung der erweiterten Beteiligungsrechte in einer Regelungsabrede?	236

3. Konkrete Inhaltliche Ausgestaltung	237
a) Zustimmungsvorbehalt zu Kündigungen	237
b) Zuleitung und Anhörung	238
c) Zustimmungserfordernis zur Antragstellung	238
V. Zu möglichen Regelungen auf der Ebene des Individualarbeitsvertrags	239
VI. Folgerungen für einen etwaigen gesetzlichen Regelungsbedarf	240
1. Pauschale gesetzliche Regelung, die eine Arbeitnehmerbeteiligung vorschreibt	240
a) Zuleitungs- und Beratungserfordernis vor Antragstellung	240
b) Allgemeiner Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich Kündigungen und hinsichtlich der Antragstellung	243
2. Möglicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf zur Erleichterung der Regelung der Problematik im Rahmen von Kollektivvereinbarungen?	244
D) Ergebnisse und Schlussbetrachtung	245
I. Zentrale Ergebnisse der Untersuchung in Thesenform	245
1. Ergebnis 1	245
2. Ergebnis 2	246
3. Ergebnis 3	247
4. Ergebnis 4	248
5. Ergebnis 5	248
6. Ergebnis 6	249
7. Ergebnis 7	249
8. Ergebnis 8	250
9. Ergebnis 9	251
II. Weitere Forschungsperspektiven und Anschlussfragen	252
Literaturverzeichnis	253
Internetquellen	273